

zu schaffen und man nenne als deren prädestinierten Leiter das Herrenhausmitglied Hofrat Dr. Lammasch, der auch bei der Opposition ein gewisses Maß von Vertrauen genieße und möglichst von den Sozialdemokraten aller Nationen vielfach unterstützt werden würde, obwohl er katholischer Gesinnung sei. Die ganze internationale Situation erfordere neue Männer, und Sache des Dr. Lammasch würde es sein, solche heranzuziehen.

**Die Erklärungen des Finanzministers im
Finanzausschusse.**

In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses stellte, wie gemeldet, Abg. Mastalka den Antrag, mit Rücksicht auf die allgemeine Lage von der Behandlung der Steuervorlagen Abstand zu nehmen und die Beratung hierüber zu vertagen.

Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer trat dem Antrage Mastalka entgegen und erklärte, daß die Regierung selbstverständlich auf dem Boden der gegenwärtig geltenden Verfassung stehe. Wenn auch Änderungen im staatsrechtlichen Baue Oesterreichs bevorstehen, so werde die Arbeit, die im Ausschusse geleistet werde, keine überflüssige sein, denn diese Steuern seien auch für ein staatsrechtlich umgestaltetes Oesterreich notwendig. Die Regierung müsse daher die dringende Bitte stellen, die Verhandlungen im Ausschusse fortzusetzen und die Vorlagen auch im Hause ehestens der Erledigung zuzuführen.

Sodann wurde die Verhandlung wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen.

Die vertagte tschechische Nationalversammlung.

(Telegramm der Neuen Freien Presse.)

Prag, 8. Oktober.

Da die Vertagung der für heute angekündigt gewesenen tschechischen Nationalversammlung zu spät bekanntgegeben worden war, so waren viele Teilnehmer eingetroffen, welche sich im Repräsentationshause versammelten, wo Dr. Kramarz eine kurze Ansprache hielt, in welcher er die Gründe der Vertagung darlegte und über die Vorbereitungsarbeiten des Nationalausschusses Mitteilung machte. Als gegen Mittag die Teilnehmer das Repräsentationshaus verließen, wurden sie von der auf der Straße harrenden Menge mit Abfingung von nationalen Liedern und Rufen begrüßt.

Oesterreichischer Reichsrat.

Die zweite politische Debatte.

Wien, 8. Oktober.

Nach Entgegennahme der Erklärungen des Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek über die Friedensnote an Wilson trat das Abgeordnetenhaus heute in die zweite politische Debatte ein. Die Trennung in zwei Debatten wurde in der Obmännertkonferenz auf Wunsch einiger Parteien vereinbart, und wenn auch in der vorigen Woche die außenpolitischen Fragen auf der Tagesordnung standen, während diesmal die innere Politik und die Ernährungsverhältnisse besprochen werden sollen, ist es doch begreiflich, daß nur wenige Redner diese Grenzen beachten. Auch nach dieser Debatte wird man vermutlich noch nicht zu den meritorischen Verhandlungen kommen, die in erster Reihe den Steuervorlagen gelten sollten, denn heute wurde wieder eine ganze Reihe von dringlichen Anträgen eingebracht, und auch die Vorgänge im Finanzausschusse beweisen, daß wenig Geneigtheit besteht, an die Erledigung eines Arbeitsprogramms zu jähren.

Der erste Redner in der heutigen Debatte war der Slowene Dr. Rybacz, der erklärte, daß sich seine Parteigenossen nicht mit kleinen Zugeständnissen begnügen, sondern auf der restlosen Erfüllung der südslawischen Forderungen bestehen. Insbesondere eine Teillosung, welche die Slowenen nicht an den südslawischen Staat anschließt, könne sie nicht befriedigen. Die Südslawen, sagte der Redner, legen ihr Schicksal in die Hände Wilsons. Abgeordneter Dr. Schürff wies darauf hin, daß die Deutschen während der Kriegsperiode selbst in der Zeit der größten Erfolge niemals so übermütig und so gehässig gesprochen hätten, wie es die slawischen Redner tun. Die Deutschen in Oesterreich sehen mit Ruhe und Vertrauen der weiteren Entwicklung entgegen, denn es sei zu erwarten, daß der Traum der Tschechen nicht in Erfüllung gehen werde und daß sie viele ihrer Ansprüche werden streichen müssen. Auch Abgeordneter Dr. Terzabek meinte, daß die Tschechen zu früh frohlocken, wenn sie ihren Zukunftsstaat schon errichtet sehen und wenn sie zu sehr auf die Dankbarkeit der Entente hoffen. Abgeordneter Dr. Heilinger trat dafür ein, daß das Selbstbestimmungsrecht nach dem Muster der Schweiz durchgeführt werde und nicht nach dem Prinzip der streitenden und zerklüfteten Balkanvölker. Abgeordneter Sondzin wandte sich dagegen, daß ein Teil der Tschechen ganz Schlesien dem tschechischen Staate angliedern wolle; das polnische Volk

Importhaus

nders

terstrasse 114

ren in riesiger Auswahl !!!

orkommende Bedienung.

tsprinzip:

kleinstem Einzelnutzen.